

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 50 Pf. Durch den Postbezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— (Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.)

Redaktion: Gr. Jägerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jägerstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anträge werden die Gehaltene Postzeitung mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. (Zentrale müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.)

Nr. 63.

Dresden, Dienstag den 18. März 1913.

24. Jahrg.

Wittke hat in Berlin eine Ansprache der Vertreter der Einzelstaaten über die Rüstungs- und Reduzierungsfragen gehalten.

Unter den türkischen Truppen, die gegen Saib Ibrahim im Feldzug haben arabische Soldaten gemustert.

Der Aufmarsch des gegen die Mongolei bestimmten japanischen Expeditionskorps hat begonnen.

In Neuenfelde (Pommern) ist eine Pulverfabrik in die Luft geflogen.

Fortschrittler und Heeresvorlage.

Die fortschrittliche Volkspartei ist seit Jahren der nationalen Phrase verfallen. Wenn das Wort „national“ ergeht, mag sie nicht, bei Verstand zu bleiben. Sie hat eine lähmende Angst, von den konservativen und national-liberalen Parteien als „nicht national zuverlässig“ ausgegeben zu werden. Manche Führer dieser Partei kennen ja auch keinen höheren Ehrgeiz, als daß sie und ihre Verwandtschaft Zutritt zu vornehmen Gesellschaft finden, daß sie Offiziere und Reserveoffiziere werden dürfen und von der monarchischen Günstigen einen Strohhalm erhalten. Dabei sind auch jetzt die Fortschrittler bereit, die neue Heeresvorlage bestimmungsgemäß zu bewilligen. Nur wenige fortschrittliche Blätter machen eine lobenswerte Ausnahme.

Da ist es schon fast ein kleines Wunder, daß die ehrbare Fortschrittliche Zeitung eine Zuschrift ihre Spalten öffnet, in der die von uns Sozialdemokraten vorgebrachten Einwendungen gegen den kulturwidrigen Rüstungswahn wenn auch in sehr halber Form wiederkehren. Die Fortschrittliche Zeitung selbst glaubt sich ob der Ähnlichkeit eines Zweifels an der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Heeresvorlage ausdrücklich entschuldigen zu sollen, sie will die Zuschrift „der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten“. Die Zuschrift wagt zuerst über die schweren volkswirtschaftlichen Verluste, die durch die neue Heeresvorlage entstehen:

„Selbst die 1000 Millionen einmündiger und die 200 Millionen minderjährigen kleinen verhältnismäßig gering gegenüber der Produktion, die die Kaiserreichung von 140 000 produktiven Arbeitsskolen für unsere Volkswirtschaft bedeutet.“

„Wenn wir an die Leistung des arbeitenden Menschen für die Volkswirtschaft entspreche ungefähr seinen jährlichen Einkommen, und nehmen wir das Durchschnittseinkommen mit 1500 bis 2000 M., so würde diese Entziehung von Arbeitskräften und jährlich abermals 210 bis 280 Millionen kosten. Die gesamte dauernde Arbeitsleistung betrüge also 410—480 Millionen M. im Jahre — die einmündige Vermögensnachgabe und ihre Zinsen nicht gerechnet.“

„Versuchen wir uns kurzumachen, was überhaupt ein Lebenslohn für unser Nationalvermögen bedeutet. Unser Wohlstand, das Wissen und Gelingen unserer Vaterlands beruht auf der Arbeit des arbeitenden Menschen. Der größte Teil dieser Arbeit wird von der männlichen Bevölkerung vom jüngsten bis zum fünfzigsten Lebensjahre geleistet. Von dieser letzten Spanne Zeit wird der junge Mann durchschnittlich zwei Jahre, also etwa 1/5 seiner schaffenskräftigsten Zeit, dieser Arbeit entzogen. Er ist im Sinne der Volkswirtschaft auf materielle und kulturellen Gütern unproduktiv. Denn die für den Krieg geschaffenen Werte sind hier; auf Eisen wächst kein Weizen und kein Korn. Mit dem Zerplatzen der Granate ist Material und aufgewandte Arbeit in Atome zerstückelt, entwertet, also 8% v. S. der Arbeitskraft unserer unerschöpflichen, jugendreichen Bevölkerung liegt für die Volkswirtschaft brach, das deutsche Volk muß darauf verzichten, 8% v. S. eine Rente, die manches nationalökonomische Unternehmen nicht admiert, auf der Aktivseite seines Nationalvermögens zu buchen.“

„Wie viel besser sind wirtschaftlich jene Staaten daran, deren Bevölkerung die Waffenerzeugung nicht zu tragen braucht, deren Reichum und wirtschaftliche Macht gemehrt wird von der Arbeitskraft der gesamten Bevölkerung!“

Der Verfasser der Zuschrift weist dann darauf hin, daß die volkswirtschaftliche Belastung, die sich Frankreich durch die dreijährige Dienstzeit auferlegt, noch schlimmer ist als der Schaden, der in Deutschland entsteht. Der Verfasser führt deshalb aus, daß die beiden Völker, „wenn sich die wirtschaftlichen Folgen der neuen Maßnahmen zeigen“, einen Weg zur Verständigung finden könnten. Er fügt jedoch entlagungslos hinzu: „Jetzt darauf zu warten, wäre müßig.“ Diese Entfaltung, dasjenige ohne Vergut zu unternehmen, was man als richtig und vernünftig erkennt, ist aber doch sehr selten. Warum soll es denn müßig sein, jetzt den Weg zur Verständigung zu betreten? Doch höchstens deshalb, weil so viele Leute und gerade auch die Völker der fortschrittlichen Volkspartei nicht den Mut haben, sich dem nationalökonomischen Rüstungswahn entgegenzusetzen. Sicherlich gibt es zahlreiche Männer auch außerhalb der Sozialdemokratie, die das neue Umfeld der deutschen und französischen Wehrleistungen mit Bedauern sehen, aber sie wagen es nicht, offen aufzutreten. Sie fürchten, daß sie, wenn sie der Stimme der Vernunft Gehör geben, als „vaterlandslose Gesellen“ verdächtigt und zu den Sozialdemokraten geworfen werden.

Es weilt es an uns Sozialdemokraten — in Deutschland und ebenso in Frankreich — liegt, werden wir mit aller Macht die Heeresvorlagen bekämpfen und die Verständigung zwischen den beiden Ländern fördern. Ist es denn nicht ein unheiliger Wahn, daß das Deutsche Reich die Heeresvermehrung vornimmt, die von Frankreich mit einer derartigen Verstärkung der mobilmachungsreifen Truppen beantwortet wird, daß die deutschen Militärärzten bereits erklären, dadurch werde die deutsche Vorlage mehr als ausgeglichen. Die deutsche Heeresvermehrung erscheint also, ehe sie überhaupt noch dem Reichstag vorgelegt ist, bereits wieder überholt und veraltet!

Der Verfasser der Zuschrift in der Fortschrittlichen Zeitung gelangt dann, um einen volkswirtschaftlichen Ausgleich der Heeresvermehrung zu erreichen, zu dem Vorschlag der gleichzeitigen Herabsetzung der Dienstzeit für die Infanterie auf 1 1/2 Jahre, für die Kavallerie auf 2 Jahre. Das entspricht auch dem Programm der fortschrittlichen Volkspartei. „Diese Herabsetzung der Dienstzeit“, wie im besten Sinne des Wortes eine nationale Tat! Leider hat die fortschrittliche Volkspartei schon bei den Heeresvorlagen von 1910 und 1912 ihr Programm nicht lassen und keine Neigung gezeigt, eine „im besten Sinne des Wortes nationale Tat“ zu tun. Die Fortschrittler haben einige Bedenken von sich, wie gut es wäre, wenn eine Verständigung mit anderen Staaten zustande kommen könnte, und wie schön es wäre, wenn die Dienstzeit etwas herabgesetzt würde — aber jetzt müssen wir dem Kriegeminister alles bewilligen, was er verlangt!

Alle Angehörigen denken darauf, daß auch in diesem Jahre die „Fortschrittler“ nicht die Bekämpfung und Verwerfung des Rüstungswahns, sondern umgekehrt die Zustimmung zu der neuen, jede frühere an Umfang und Kosten weit überbietenden Heeresvorlage als ihre „nationale Tat“ ansehen werden.

Die Friedenskundgebung der reichsländischen Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Fraktion des elsass-lothringischen Landtages hat zu der am 16. März stattgefundenen Massenversammlung der Pariser Arbeiter, die dem Protest gegen die dreijährige Dienstzeit galt, eine bedeutungsvolle Erklärung gegeben. Die Erklärung protestiert gegen die von den Nationalisten beider Länder betriebene Kriegshetze. In der Erklärung, die unsere reichsländischen Parteiblätter an letzter Stelle veröffentlichen, heißt es:

„Wir Sozialdemokraten haben wir uns bei der letzten Pariser Arbeiterversammlung, die sich in erster Linie gegen die Wiederentführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich richtete, nicht über das Projekt der republikanischen Regierung ausgesprochen; wir müßten allerdings befürchten, daß uns diejenigen, die das Parlament umgeben, als „Vertraute“ und vor allem als „Freunde“ behandeln, wenn wir es wagen würden, als Teilnehmer einer Protestaktion, die zum Deutschen Reich gehört, mit Euch in den Ruf einzustimmen: Gegen die dreijährige Dienstzeit!“

„Wir stehen es vor, heute und zu dieser Stunde zu rufen: Wieder mit der deutschen militärischen Reaktion! Gegen die Heeresvermehrung Deutschlands! Gegen die deutschen Nationalisten und Kriegshetzer! Für die französisch-deutsche Verständigung!“

„Was uns veranlaßt, das Wort zu ergreifen zu dieser Manifestation des Pariser Proletariats, ist

die besondere Rolle, die Elsass-Lothringen spielt, und die Tatsache, daß seine im Jahre 1871 erfolgte Annexion durch das neue Deutsche Reich den Neubau seiner Konstitution bildet, die man seit über vierzig Jahren zwischen Frankreich und Deutschland herauf, beiden Ländern und vor allem auch Elsass-Lothringern zum Schaden, dem Weltfrieden zur beständigen Gefahr, die gegenwärtigen Umstände fördern nicht von uns, daß wir Euch von den Kämpfen erzählen, die wir um die Erlangung unserer Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches führen, und vom Widerstand, dem wir bei den Behörden in Berlin begegnen.“

„Die gegenwärtigen Umstände stellen uns lediglich brutal vor eine große, alle anderen überlagernde Frage:

„Wollen die Elsass-Lothringer noch einen Krieg?“

„Und darauf antworten wir im Namen der elsass-lothringischen Arbeiterklasse auf Grund der genauesten Kenntnis ihrer Wünsche und ihrer Stimmung:

Kein! Kein! Dreimal Kein!

„Dabei wissen wir, daß auch in der elsass-lothringischen Bourgeoisie nur verschwindend wenige Elemente vorhanden sein können — wenn es überhaupt solche gibt — die eine andere Antwort erteilen würden. Wir wissen — weil wir sie zahllose Male in Versammlungen und in Privatgesprächen gestellt haben — daß man auf die Frage: „Wollt Ihr Elsass-Lothringen, daß Euer Land ein Teil des Deutschen Reiches bleibt oder nicht, wenn Ihr wißt, daß diese Sachlage nur durch einen Krieg beseitigt werden könnte?“ stets die Antwort erhält: „Keinen Krieg! — nur keinen Krieg!“

„Das behält vorher, noch vernünftiger es — im Gegenteil! — die tiefe Liebe der Elsass-Lothringer für jene Erben der französischen Kultur, die das Volk Frankreichs zu einem der ersten der ganzen Welt machten, und für seine revolutionären Traditionen, seine republikanischen Einrichtungen.“

„Jene Elemente in Frankreich, die zur Abschüttelung ihrer nationalökonomischen Reaktion sich auf die „Vorfürsungen“ der elsass-lothringischen Bevölkerung berufen, um zu verhindern, daß das Deutsche Reich und Deutschland aus dem Stadium derer, die Feindseligkeit oder feindlich-militärischer Anschuldigung bezeichnen und

durch eine ehrliche, offene und entschiedene Verständigung ersetzt wird, mißverstehen unsere wahren Hoffnungen arg und mißbrauchen sie in der schlimmsten Weise, unseren eigentlichen Wünschen zuwider.“

„Was Elsass-Lothringen vor allem hofft, das ist gewiß nicht seine Wiedereroberung infolge eines neuen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, der an Entschiedenheit alles überbieten würde, was das menschliche Gehirn sich ausdenken kann — sondern das ist die Erhaltung des Friedens, die den Elsass-Lothringern sowohl über Frankreich als über Deutschland steht.“

„Wir hoffen ferner, daß man unserem Land endlich jene

republikanische Konstitution

gibt, die Bismarck schon im Jahre 1872 einer selbstständigen Delegation versprochen hat, jene Autonomie, die uns, vom internationalen Standpunkt aus betrachtet, als eine sichere Garantie erscheint um die Verständigung Frankreichs und Deutschlands vorzubereiten. Hat doch selbst der Führer jener elsass-lothringischen Nationalisten, deren Bewegung die Fortsetzung der demokratischen Revolution bildet, am 17. Februar 1913 in einer Versammlung in Paris erklärt, daß die Erfüllung der Autonomieforderungen auch den letzten Widerstand der einheimischen Bevölkerung gegen die Annexion zum Schwaben beseitigen würde.“

„Andererseits müssen wir sagen, daß Frankreich uns helfen kann, das Ziel zu erreichen, indem seine seiner politischen Parteien eine Aktion befreit, die gewissen zur Dege helden Elementen Deutschlands erlaubt, Frankreich noch Revanchegedanken jenseits zu lassen, und der Regierung ermöglicht, diese zum Vorwand zu nehmen um Elsass-Lothringen immer noch in einer Ausnahmestellung zu halten.“

„Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, in denen die gegenseitige Berücksichtigung zum Ausdruck käme, die in ihrem Charakter voneinander so verschiedenen und gleichmäßig fortwährend wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte der beiden großen Länder sich ergänzen zu lassen, würden sowohl den Interessen der zwei Völker dienen, als die Verständigung aller europäischen Staaten untereinander erleichtern.“

„Was wir fordern, ist der Friede — in dem genug wirtschaftliche und politische Kräfte zwischen den Nationen ausgeübt werden müssen, daß die Arbeiterklasse, v. a. die Mehrheit der Arbeiter, ein Interesse an seiner Erhaltung hat. Was wir fordern, ist die ehrliche Verständigung Frankreichs und Deutschlands, der durch die Solidarität der Arbeiterklassen beider Länder vorgeordnet ist, wie wir die Verständigung mit England fordern, nicht um die Oberherrlichkeit einer Staatsmacht über eine andere herbeizuführen, sondern um Sicherheit des Weltfriedens.“

„Wir wir von der deutschen Regierung schließlich gezieltes Verständnis für unser Wesen erwarten, daß sie uns die Autonomie gewährt, so erwarten wir von Frankreich, daß es Elsass-Lothringen fast genug best, um vorzuziehen, es als Provinz eines anderen Staates eher zu lassen, als es noch einmal zerrissen und vom Reich abgedeckt zu sehen.“

„Um das zu sagen, glauben wir keine bessere Gelegenheit finden zu können, als die heutige Manifestation des Pariser Proletariats, dem wir unsere herzlichsten sympathischen Grüße senden und die Versicherung, daß es der heilige Wille der elsass-lothringischen Proletarier ist, mit der Arbeiterklasse Deutschlands und Frankreichs zusammen

gegen alle Reaktion — gegen den Krieg anzukämpfen.“

Die sozialistische Fraktion des elsass-lothringischen Landtages: Bernhard Böhle (Straßburg V), Leopold Wenzel (Wülshausen I), Richard Fuchs (Schiltigheim), Michel Frisch (Schiltigheim), Charles Hildebrand (Wulmar), Eugen Fuchs (Straßburg III), Jean Martin (Wülshausen-Land), Laurent Meyer (Schiltigheim), Jacques Beltracis (Straßburg VI), Joseph Schilling (Wülshausen II), Georg Wolfert (Straßburg VII).

Agrarische Lebens- und Volksversicherung.

Auf die Förderung der Interessen des ländlichen Grundbesitzes sind die gesamten Staatseinrichtungen in Preußen-Deutschland zugeschnitten. Aber nicht immer ist der Zusammenhang zwischen Staat und Agrarier klar erkennbar.

Erst gelegentlich, wenn einmal in das Dunkel der Vorkriegsjahren hineingeleuchtet wird, erkennt man, wie in Preußen den Agrarier alle öffentlichen Einrichtungen dienstbar gemacht werden. So hat der General-Landwirtschaftsdirektor Dr. Kapp in Königsberg selbst die Lebens- und Volksversicherung den agrarischen Interessen dienstbar gemacht und zu diesem Zweck öffentliche Mittel erhalten. Er war es, der schon im Februar 1907 den General-Landtag der Ostpreussischen Landwirtschaft für seine Pläne zu gewinnen wußte. Durch Ratsbeschlüsse vom 21. September 1910 wurde die 1907 und 1910 vom General-Landtag beschlossene Zulassung der Lebensversicherung als Entschuldigungsmaßnahme und mit ihr die Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landwirtschaft genehmigt. Die Anstalt hat ihren Betrieb am 15. November 1910 aufgenommen. Gegen Ende des Jahres 1911 wurde auch in den Provinzen Westpreußen, Posen, Gommern und Schlesien, am 5. März 1912 ebenfalls vom Provinzial-Landtag in Brandenburg die Errichtung provinzieller Lebensversicherungsanstalten nach dem Muster der ostpreussischen Anstalt beschlossen. Diese Anstalten haben sich dann zu dem Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten, Sitz Berlin, zusammengeschlossen. Um sich in der Frage der Lebensversicherungen von den bestehenden Privatversicherungs-Gesellschaften unabhängig zu machen, wurde am 16. Dezember 1910 eine eigene Lebensversicherungs-Gesellschaft unter der Firma „Deutschland“, Lebensversicherungs-Gesellschaft, mit dem Sitz zu Königsberg L. Pr. gegründet.